

**E-2**

<b>Titel</b>	Emazipation der Deutschen Sicherheitspolitik – Reform der Bundeswehr		
<b>AntragstellerInnen</b>	Calw		
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Bundesverband, SPD Bundestagsfraktion, Juso Bundeskongress		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

---

## Emazipation der Deutschen Sicherheitspolitik – Reform der Bundeswehr

- 1 Wir Jusos wollen daher eine verantwortungsvolle Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne des Grundgesetzes  
2 und der damit einhergehenden Verpflichtungen in UNO, EU und NATO und fordern daher:
- 3 • Eine Neuaufstellung der Beschaffung
- 4 Um verantwortungsvoll die eigenen Truppen auszubilden, müssen in den Übungen die Bedingungen und Ma-  
5 terialien bereitstehen, wie die Soldaten sie im Einsatz vorfinden. Es ist nicht vertretbar, dass die Bundeswehr  
6 aus Kostengründen veraltete Ausrüstung oder Systeme beschafft, oder nur einen Bruchteil der notwendigen  
7 Materialversorgung für die Einheiten in Deutschland zur Verfügung stellen kann.<sup>1</sup> Es muss eine vollständige  
8 Ausstattung der Streitkräfte mit der Ausrüstung des Konzepts des Infanteristen der Zukunft und modernen  
9 Geräten durchgeführt werden.
- 10 Für eine flexible Erhöhung des Militäretats, je nach sicherheitspolitischer Lage fehlt derzeit jede planerische  
11 Struktur und funktionierende Verwaltung in den Ämtern der Bundeswehr. Eine Erhöhung des von der NATO  
12 geforderten 2%-Ziels steht die fehlende planerische Kapazität und effiziente vertragsbasierte Zusammenar-  
13 beit mit der Wirtschaft entgegen. Rüstungs Großprojekte müssen daher jeweils von einem festen Team von  
14 Experten aus den Gruppen der Endanwender (Truppe), Bundeswehrverwaltung und Wirtschaftsexperten in  
15 flachen Hierarchien bestehen. Die derzeitige
- 16 • Eine stärkere europäische Kooperation
- 17 Für uns ist klar: Wir stehen hinter gemeinsamen europäischen Großprojekten zur militärischen Ausstattung.  
18 Um diese in Zukunft leistungsfähiger auszugestalten, fordern wir allerdings eine bessere politische wie mili-  
19 tärische Koordination und Kooperation, um Debakel wie Lieferengpässe in Zukunft zu vermeiden und eine  
20 schnelle und sichere Fertigstellung der Großgeräte zu gewährleisten. Ziel muss eine Standardisierung euro-  
21 päischen Militärgeräts sein, auch damit Kosten gesenkt werden können. Engere Kooperationen und weitere  
22 binationale Einheiten fördern die Integration der 27 europäischen Armeen auf dem Weg zu deutlich effizien-  
23 teren europäischen Streitkräften.
- 24 Die USA hat in den letzten Jahren immer deutlicher werden lassen, dass sie nicht mehr dauerhaft bereit sind,  
25 ihre hohen Militärausgaben zu verantworten und damit für Frieden in Europa zu sorgen und haben die euro-  
26 päischen Staaten aufgefordert ihr Militäretat zu erhöhen. Es kann nicht sein, dass ein Teil des europäischen  
27 Wohlstands nur deshalb bestehen kann, weil die Sicherheit extern durch eine Schutzmacht garantiert wird.  
28 Gleichzeitig können wir uns gerade bei der Landesverteidigung nicht ausschließlich auf unsere transatlan-  
29 tischen Partner verlassen. Eine eigene leistungsstarke Armee in Europa ist zur Friedenssicherung und zur  
30 Verteidigung unserer demokratischen Grundwerte sowie zur Erlangung der Friedensmacht Europa unabding-  
31 bar.
- 32 • Ein europäisches Hauptquartier und Führungsstruktur

33 Damit die Europäische Sicherheit im Sinne der GSVP letztendlich ohne die Hilfe der amerikanischen Verbün-  
34 deten und NATO-Strukturen gewährleistet werden kann ist eine unabhängige Führungsstruktur für die GSVP  
35 notwendig. Dass die GSVP erst dann aktiv werden kann wenn die NATO einen Einsatz definitiv ausgeschlossen  
36 hat, ist eben aufgrund der amerikanischen Schutzmachtfunktion zu erklären. Die EU-Battlegroups basieren  
37 komplett auf NATO-Strukturen und können erst autonomer von der NATO werden, wenn die GSVP eigene  
38 Strukturen aufbaut – wozu die Europäischen Staaten enger kooperieren müssen und durch gesamteuropäi-  
39 sche Effizienzsteigerung Platz für europäische Dienstposten und Zentren schaffen. Für solche Maßnahmen  
40 stünde das Eurocorps in Straßburg als Planungs- und Steuerungsorganisation bereit.

41 Die europäischen GSVP-Strukturen sind insbesondere im Hinblick auf eine verstärkte politische europäische  
42 Integration wichtig, da eine verstärkte militärische Zusammenarbeit eine verstärkte Zusammenarbeit auf allen  
43 anderen Ebenen voraussetzt. Daher wollen wir die militärische Zusammenarbeit stärken und langfristig auf  
44 unser Ziel einer Europäischen Armee hinarbeiten, sobald Grundlagen wie eine Europäische Verfassung und  
45 eine Europäische Regierung geschaffen sind die eine Europäische Parlamentsarmee nach deutschem Vorbild  
46 ermöglichen.

47 • Schließen von leeren Strukturen, Abbau des Wasserkopfes

48 Rüstungsprobleme, Materialbewirtschaftung und personelle Engpässe der letzten Jahre zeigen ganz deutlich,  
49 dass die Bundeswehr mit ihren Strukturen auf Naht genäht und ausgeplant ist. Durch bürokratisch organisierte  
50 Mangelwirtschaft wird der Eindruck erweckt, die Bundeswehr könne mehr als tatsächlich realistisch umsetz-  
51 bar ist. Sowohl eine starke Verbesserung der Materiallage, als auch eine sofortige und starke Budgeterhöhung  
52 ist aus strukturellen und politischen Gründen derzeit nicht umsetzbar. Wichtig ist daher, mittelfristig die Bun-  
53 deswehr flexibler, schneller und hierarchisch flacher zu gestalten um Dienstpostenlücken zu schließen und in  
54 kleineren Strukturen wieder Personal- und Materialbestand von über 100% (militärische Reserven eigentlich  
55 30%) zu erreichen. Große Strukturen schaffen lediglich Dienstposten für Generäle und Stabsoffiziere, die dann  
56 letztlich aber weder ausreichend Soldaten noch Material zum führen haben.

57 • Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinien

58 Durch die seit Januar 2016 geltenden EU-Arbeitszeitrichtlinien folgte eine Herabsenkung des Ausbildungsni-  
59 veaus, da unter dem Druck Überstunden zu vermeiden zu wenig Zeit für gewisse Ausbildungsabschnitte wie  
60 zum Beispiel Drillausbildung ist. Außerdem wird eine kurze Belastungszeit und Anstrengung dem Soldati-  
61 schen Beruf gerade in der Grundausbildung oder Einsatzvorbereitung nicht gerecht. Daher sind die geltendes  
62 Arbeitszeitrichtlinien für Soldaten während Lehrgängen, Übungen und Einsatzvorbereitung auszusetzen weil  
63 sonst eine Gefährdung der Arbeitskraft und der Schlagfertigkeit der Truppe folgt. Diese Aussetzung ist durch  
64 eine Änderung der Richtlinie vorzunehmen, in der auch Ausgleichsansprüche geregelt sind.

65

## 66 **Begründung**

67 Im vergangenen Jahr feierte die Bundeswehr ihr 60-jähriges Bestehen. Dies bedeutet eine mehr als doppelt so  
68 lange Existenz der Parlamentsarmee eines demokratischen Deutschlands wie die Reichswehr und Wehrmacht  
69 zusammengenommen. Schon bei der Gründung der Bundeswehr 1955 machte man sich Gedanken wie man  
70 ein „Staat im Staate“ wie zu Zeiten der Wehrmacht vermeiden könnte und eine in die Gesellschaft einge-  
71 bundene Parlamentsarmee schaffen kann. Mit dem Prinzip der inneren Führung, welche einen Einklang der  
72 Prinzipien eines freien und demokratischen Staates auf den Werten des Grundgesetzes, mit den militärischen  
73 Prinzipien die zum Erfüllen der verfassungsgemäßen Missionen notwendig sind, herstellt, sollte dies erreicht  
74 werden. Gesellschaftliche Integration, die Garantie der Grundrechte und die Gültigkeit rechtsstaatlicher  
75 Prinzipien für das militärische Handeln, ohne Abstriche an der Auftragserfüllung, bestimmen die Konzeption  
76 seit ihrer Entwicklung.

77 Das Leitbild der Inneren Führung wird durch das Prinzip des Staatsbürgers in Uniform bestimmt. Es garantiert  
78 Soldaten dieselben Rechte wie allen anderen Bürgern und gleichzeitig die Einsatzfähigkeit im Dienst. Dazu  
79 gibt es explizit das Soldatengesetz. Seit ihrer Gründung durch die Notwendigkeit des Kalten Krieges hat die  
80 Bundeswehr sich als offene, in die Gesellschaft eingebundene Armee bewährt. Jüngste Skandale und Vorfälle  
81 in der Bundeswehr zeigen zum einen, dass das Leitbild auf in Zeiten einer Einsatzarmee und nach Aussetzung  
82 der Wehrpflicht wichtiger denn je ist, zum anderen aber auch wie wichtig der Gesellschaft inzwischen „ihre“  
83 Bundeswehr ist und wie viele Soldaten tagtäglich ihrem demokratischen Auftrag nachgehen.

84 Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr

85 kommt auch die Übernahme von Verantwortung Deutschlands in den Krisengebieten der Welt in Frage. Denn  
86 auch nach dem Ende des Kalten Krieges gilt der Grundsatz, dass der Soldat seinen Beitrag nicht nur in Deutsch-  
87 land und bei seinen Verbündeten, sondern überall – eingebunden in Sicherheitssysteme wie UNO, NATO und  
88 EU – einbringt.

89 Ein wesentlicher Aspekt der Bundeswehr besteht auch darin, dass sie, im Gegenzug zu zivilem Friedensdienst,  
90 das einzige Mittel ist, das direkt dem Bundestag untersteht und durch diesen kontrolliert und legitimiert wird.  
91 Zudem sind Soldaten die einzigen internationalen Helfer, welche die Fähigkeit besitzen in lebensgefährlichen  
92 Regionen sich notfalls auch zu verteidigen und Kampfhandlungen zu beenden.

93 Neben der internationalen Verantwortung findet Verteidigungspolitik nicht nur unmittelbar in Deutschland  
94 oder seiner Landesgrenzen statt. Die Sicherheitslage wird auch von Terrororganisationen und anderen glo-  
95 balen Gefahren bedroht und liegen somit auch im Deutschen und Europäischen Interessen- und Verantwor-  
96 tungsbereich.

97 Zum einen fordert der Auftrag der Bundeswehr zum Einsatz in aktuell 16 verschiedenen Einsatzländern und  
98 zur Mitarbeit in Stäben und Organisationsstrukturen verbündeter Streitkräfte und Systeme kollektiver Sicher-  
99 heit. Zum anderen hat die Bundeswehr unübersehbare Probleme in der Materialerhaltung, der Personallage  
100 und Finanzierung aller laufenden Projekte. Das Image der deutschen Streitkräfte ist auf einem Tiefstand ob-  
101 wohl auch beispielsweise in der Flüchtlingskrise mehr denn je von ihr geleistet wurde. International wird an  
102 Deutschland der Wunsch nach mehr Verantwortung vor allem in den Konflikten in Europa und an seinen Gren-  
103 zen herangetragen, zudem fordert die NATO und die USA eine Erhöhung des Militärbudgets von derzeit 1,32%  
104 (33Mrd €) auf 2% des BIP.

105 Anspruch an die deutschen Streitkräfte sowohl national als auch international divergieren mit den derzeiti-  
106 gen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Bundeswehr und lassen auch durch die laufenden Reformen wenig  
107 Entscheidungs- und Aktionsraum für Politik und Streitkräfteführung.